

Debattenschau 14. Juni 2012

Überall in den vergangenen Wochen: Die Debatte um den **Euro**. Brauchen wir ihn? Brauchen wir ihn nicht? Peer Steinbrück [rezensiert](#) in der FAZ Thilo **Sarrazins** Buch "Europa braucht den Euro nicht." Fritz Scharpf, ehemaliger Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, diagnostizierte schon vor Monaten (allerdings ohne großes Medienecho) in der [Max Planck Forschung](#): "Mit dem Euro geht die Rechnung nicht auf."

Frank Rieger, Sprecher des Chaos Computer Clubs, hat in der [FAZ](#) (18.05.) die Folgen einer weitgehenden Automatisierung der **Arbeit** an die Wand gemalt. Sein Fazit: Durch die Maschinen arbeitslos gewordene Menschen sollen ein Grundeinkommen erhalten, welches sich durch eine Automatisierungsdividenden finanziert: eine Besteuerung nichtmenschlicher Arbeit. [Service Insiders](#) hat eine Reihe von Experten um ihr Urteil. Der Tenor: Die These, dass Maschinen Menschen arbeitslos machen, ist schlichtweg falsch.

Die gesamte Geschichte der technischen Industrialisierung belegt das Gegenteil. In Dienstleistungsberufen arbeiten heute rund 70 Prozent der Beschäftigten. Das hätte Karl Marx nie für möglich gehalten.

Ebenfalls in der FAZ: Ein [Gastbeitrag](#) von Dorothee Bäre, Familienpolitischer Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und stellvertretende Generalsekretärin der CSU, zum Thema **Betreuungsgeld**. Darin die die vermutlich auf der Grundlage diverser Studien höchst anfechtbare These:

"(...) dass die wirklich entscheidenden Lebensqualifikationen, die die Basis für die Wahrnehmung der vielen Bildungsangebote in späteren Jahren darstellen, von [den Eltern] (...) vermittelt werden."

Aus den **Online-Petitionen**, die beim deutschen Bundestag eingereicht wurden:

Das [Bündnis Bürgerwille](#) ist gegen den **Rettungsschirm**. Die **Forderung**: Keine Ratifizierung des **Europäischen Stabilitätsmechanismus** und des **Fiskalpaktes** vom 27.04.2012.

den nachfolgenden Gesetzesentwürfen soll nicht zugestimmt werden: – Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 2. Februar 2012 zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus

– Entwurf eines Gesetzes zur finanziellen Beteiligung am Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM-Finanzierungsgesetz – ESMFinG)

– Änderung des Bundesschuldenwesengesetzes

Moratorium für gentech-Pflanzen. Felix Prinz zu Löwenstein [fordert](#):

Der Deutsche Bundestag möge die Bundesregierung damit beauftragen, dafür einzutreten, dass die Europäische Union die Zulassung gentechnisch veränderter Pflanzen zum Anbau aussetzt (Anbau-Moratorium), und er möge in Deutschland die gesetzliche Grundlage für den regionalen Ausschluss gentechnisch veränderter Pflanzen aus der Agrarkultur schaffen.

Der von 43.250 Mitzeichnern unterstützte Antrag befindet sich in der parlamentarischen Prüfung.

Tim Wessels möchte [sicherstellen](#), dass **Selbstständige** von der **Rentenversicherungspflicht** befreit bleiben:

Der Deutsche Bundestag möge der Einführung eines Rentenversicherungszwangs für Selbstständige nicht zustimmen. Insbesondere ist den hierzu von Arbeitsministerin von der Leyen vorgebrachten Plänen nicht zuzustimmen

80.629 Mitzeichner; in der parlamentarischen Prüfung.

Andere Themen:

Die Grünen möchten, dass bis 2012 Regeln zum [Whistleblower-Schutz](#) erlassen werden.

Noch eine weitere Initiative im Parlament geht auf die Grünen zurück. Das [Compliancemagazin](#) berichtet:

*Unternehmen sollen gesetzlich verpflichtet werden, Informationen zu **sozialen** und **ökologischen** Aspekten ihrer Geschäftstätigkeit zu veröffentlichen.*

Eine im Auftrag der Böll Stiftung erstellte [Studie](#) befasst sich mit der Frage, wie staatliche Unterstützung für **energetische Gebäudesanierung** zukünftig in größerem Stil finanziert werden könnte. Die Autoren sprechen sich gegen ein Quotenmodell und für einen Aufpreis auf Heizstoffe aus.

Die deutsche [Technology Review](#) greift im Rahmen einer Reportage die Frage auf, ob das Atommüll-Bergwerk **Asse II** besser ausgeräumt oder zubetoniert werden soll.

In der aktuellen [Gaia](#) (1/2012) geht Ulrich Brand der Frage nach, inwiefern eine "**green economy**" tatsächlich ein Weg sein kann, um Umweltzerstörung und Armut zu bekämpfen.

Tierversuche: Novelle des Tierschutzgesetzes auf der Grundlage der neuen EU-Tierschutzrichtlinie: Der Direktor des Deutschen Primatenzentrums, Stefan Treue, macht sich im [Leibniz-Journal](#) (1/2012) für das Modell der Selbstverpflichtung stark